

Kleine Chronologie der Stammzell-Debatte

Die Debatte um die Forschung mit embryonalen Stammzellen wird – mal leiser, mal lauter – seit vielen Jahren geführt. LebensForum erinnert an die wichtigsten Stationen:

Januar 1991

Das Embryonenschutzgesetz, das u.a. jegliche Forschung an menschlichen Embryonen zu fremdnützigen Zwecken verbietet, tritt in Kraft.

Dezember 1999

US-Forscher entdecken in der Leber von Mäusen ausgereifte Zellen, die eindeutig aus dem Knochenmark stammen. Demnach können sich Stammzellen aus dem Knochenmark zu Leberzellen entwickeln. Das US-Journal »Science« feiert die Stammzellenforschung als »Durchbruch des Jahres« 1999.

März 2000

Nach zweijährigem Streit setzt der Deutsche Bundestag die Enquete-Kommission »Recht und Ethik der modernen Medizin« ein.

Dezember 2000

Bundeskanzler Gerhard Schröder deutet in einem Grundsatz-Artikel für die inzwischen eingestellte Zeitung »Die Woche« einen Kurswechsel der Bundesregierung in Richtung gentechnikfreundlicher Politik an.

März 2001

Die katholischen Bischöfe in Deutschland sprechen sich in einer Grundsatzklärung gegen Gentests an im Reagenzglas erzeugten Embryonen, die Keimbahntherapie, das therapeutische und reproduktive Klonen und die Forschung an Embryonen aus.

Mai 2001

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) setzt sich für die Zulassung der Forschung an menschlichen Embryonen

in Deutschland ein. Nach einem »Stufenplan« sollen zunächst embryonale Stammzellen aus dem Ausland importiert werden.

Mai 2001

Der Deutsche Ärztetag in Ludwigshafen lehnt die Embryonenforschung ab.

August 2001

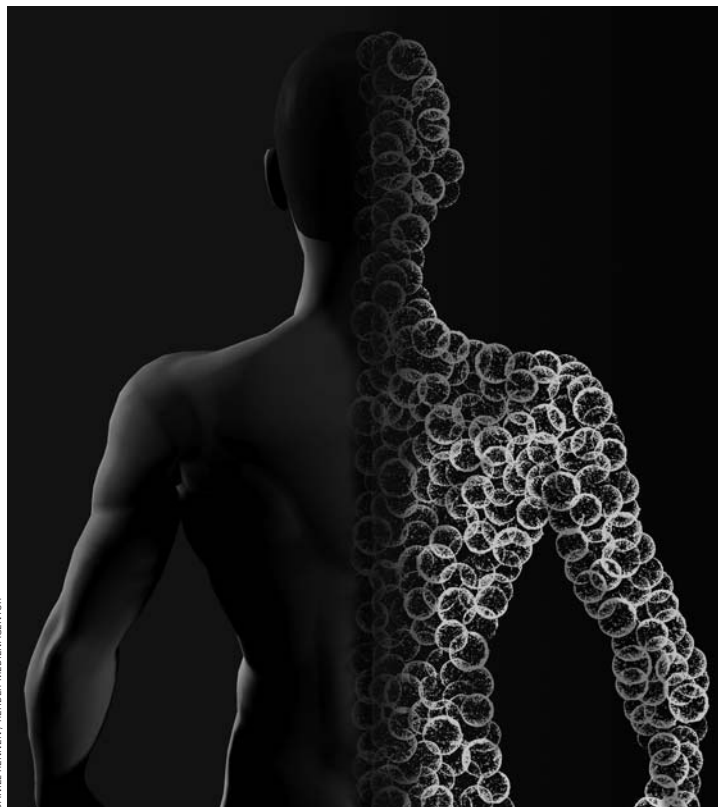
US-Präsident George W. Bush spricht sich für eine eingeschränkte Forschung mit embryonalen Stammzellen aus. Sie soll nur mit Stammzelllinien durchgeführt werden dürfen, die vor dem 9. August 2001 etabliert wurden.

November 2001

Die Enquete-Kommission lehnt mit deutlicher Mehrheit den Import embryonaler Stammzellen ab. Eine Mehrheit des Nationalen Ethikrates spricht sich für einen begrenzten Import von Stammzellen aus.

April 2002

Der Bundestag votiert für den begrenzten Import menschlicher embryonaler Stammzellen. Die Mehrheit der Parlamentarier spricht sich für ein grundsätzliches Verbot mit Ausnahmen aus. Der damalige DFG-Präsident Ernst Ludwig Winnacker kommentierte die Entscheidung des Parlaments in einer DFG-Pressemitteilung vom 27.4. mit den Worten: »Wir können mit dieser Regelung leben.«



DANIEL RENNEY / FRIEDER MEDIENAGENTUR

Juni 2001

Die Bonner Stammzellforscher Oliver Brüstle und Otmar Wiestler lösen mit der Ankündigung, embryonale menschliche Stammzellen aus Israel importieren zu wollen, eine massive Diskussion aus. Brüstle und Wiestler werden vom damaligen NRW-Ministerpräsidenten Wolfgang Clement (SPD) unterstützt. Aufgrund der heftigen Debatte verschiebt die DFG eine Entscheidung über die Förderung des Projekts.

Juli 2002

Das Stammzellgesetz tritt in Kraft. Die »Stichtagsregelung« erlaubt die Einfuhr von Stammzelllinien, die vor dem 1. Januar 2002 hergestellt wurden.

Dezember 2002

Das vom Gesetzgeber beauftragte Robert-Koch-Institut in Berlin gibt erstmals Grünes Licht für den Import menschlicher embryonaler Stammzellen nach Deutschland. Die Bonner Wissenschaftler

Oliver Brüstle und Otmar Wiestler dürfen embryonale Stammzellen aus Israel importieren.

Mai 2003

Forscher des Max-Planck-Instituts für Neurologische Forschung in Köln (Erdo et al. 2003) stellen erstmals fest, dass aus embryonalen Stammzellen differenziertes Gewebe nach der Transplantation in Empfänger-Organismen derselben Spezies in den allermeisten Fällen zu Teratokarzinomen entarten. Die Ergebnisse der Studie werden in den folgenden Jahren von anderen Wissenschaftlern mehrfach bestätigt. Das Ergebnis: Embryonale Stammzellen verhalten sich außerhalb des Embryos wie Tumorzellen und sind daher für eine Therapie ungeeignet.

November 2003

Das Europaparlament spricht sich erstmals mit deutlicher Mehrheit für eine großzügige Förderung der embryonalen Stammzell-Forschung mit EU-Geldern aus. In den folgenden Jahren geht der Streit darüber in der EU allerdings weiter.

März 2005

Dolly-Schöpfer Ian Wilmut wird in der Frankfurter Paulskirche mit dem Paul-Ehrlich- und Ludwig-Darmstaedter-Preis ausgezeichnet. Der Vorsitzende der Paul-Ehrlich-Stiftung Hilmar Kopper spricht vom Beginn einer »neuen Zeitrechnung«.

Dezember 2005

Die Untersuchungskommission der Universität Seoul bezeichnet die Experimente des südkoreanischen Klonforschers Hwang Woo-Suk mit maßgeschneiderten Stammzellen als Fälschung.

Juni 2006

Das Europaparlament spricht sich für eine EU-Förderung der embryonalen Stammzellforschung aus. Die EU-Forschungsminister beschließen anschließend einen Kompromiss: Danach verpflichtet sich die EU-Kommission, keine Projekte zu fördern, bei denen menschliche Embryonen zerstört werden. Die Forschung an anderen Projekten mit menschlichen embryonalen Stammzellen soll dagegen gefördert werden können.

Juli 2006

US-Präsident George W. Bush stoppt ein Gesetz zur staatlichen Förderung von embryonaler Stammzellforschung. Gegen die vom Kongress und Senat befürwortete Freigabe legte Bush das erste Veto seiner Amtszeit ein.

Juli 2006

Die Forschungsminister der Europäischen Union einigen sich am 24. Juli in Brüssel mit Zustimmung Deutschlands darauf, Forschungsprojekte mit sämtlichen embryonalen Stammzellen mit Mitteln des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms zu fördern; also auch solchen, die nach dem 1. Januar 2002 hergestellt wurden. Allein für den konkreten Schritt der Embryonentötung sollen keine EU-Mittel fließen dürfen. Primäres Ziel des FRP ist es, die wissenschaftlichen und technologischen Grundlagen der in der Gemeinschaft angesiedelten Industrie zu stärken und die Entwicklung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu fördern. Das 7. FRP besitzt eine Laufzeit von 2007 bis 2013. Für die Stammzellforschung sieht es ein Budget von rund 50 Millionen Euro vor.

Oktober 2006

Die Deutsche Forschungsgesellschaft (DFG) fordert in ihrem Bericht »Stammzellforschung in Deutschland – Möglichkeiten und Perspektiven« eine Änderung des Stammzellgesetzes und den Wegfall der Stichtagsregelung.

November 2006

Der EKD-Ratsvorsitzende Bischof Wolfgang Huber macht vier Tage vor einem Gespräch mit dem Präsidium der CDU den Vorschlag, den Stichtag im Stammzellgesetz einmalig zu verschieben. 2002 war Huber noch mit Aussagen zitiert worden, wie »eine verbrauchende Embryonenforschung« widerspreche »dem Gebot des Lebensschutzes« und die Verwendung embryonaler Stammzellen mache sich »eine Tötungshandlung zu Nutze«.

Der Vorsitzende des Bundesverbands der Pharmazeutischen Industrie (BPI), Bernd Wegener, behauptet in einem Interview mit dem Tagesspiegel, aus Sicht der Pharma-Industrie sei die Verarbeitung embryonaler Stammzellen »nicht relevant«. Medizinisch sei davon etwas »nur in ganz wenigen Bereichen zu erwarten«. Bei der Forderung nach einer Änderung des Stammzellgesetzes gehe es zu »75 Prozent auch um das Eigeninteresse und das Ego der Forscher«.

Januar 2007

Der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestags kommt in einer Studie zu dem Ergebnis, »dass eine medizinische Therapie mit embryonalen Stammzellen, wenn überhaupt, dann eher in einem Zeithorizont von 20 Jahren« realisiert werden könnte.

Der Bundesverband Lebensrecht stellt in Berlin eine bei dem Meinungsforschungsinstitut TNS-Infratest in Auftrag gegebene Umfrage vor. Danach lehnen 56,3 Prozent der Bundesbürger die Forschung mit embryonalen Stammzellen ab.

Mai 2007

Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestags zur Stammzellforschung.

Der Bundesverband Lebensrecht veranstaltet in Berlin ein Experten-Symposium unter dem Titel »Stammzellen in Forschung und Therapie. Wie erfolgreich sind sie wirklich«. Unter anderem referieren dabei die Stammzellforscher Lukas Kenner (Wien), Colin McGuckin (Newcastle) und Bodo-Eckehard Strauer (Düsseldorf).

September 2007

Der Kardiologe Bodo-Eckehard Strauer rettet an der Düsseldorfer Uni-Klinik einen 64jährigen Patienten, der nach einem schweren Herzinfarkt und zwei Vorinfarkten »praktisch dem Tode geweiht war« durch eine Therapie mit adulten Stammzellen das Leben.

Oktober 2007

Bundesforschungsministerin Annette Schavan (CDU) spricht sich erstmals unmissverständlich für eine Verschiebung des Stichtags im Stammzellgesetz aus. Auf der vom Bundesverband Lebensrecht initiierten Kampagnenseite www.deinestammzellen-heilen.de werben Prominente aus Gesellschaft und Politik, Wissenschaft und Medien für den Erhalt des Stichtags und eine Ausweitung der Forschung mit adulten Stammzellen.

Januar 2008

Der Bundesverband Lebensrecht stellt in Berlin die Ergebnisse der aktuellen TNS-Infratest-Umfrage vor. Das Ergebnis: Rund zwei Drittel der Bundesbürger (65,2 Prozent) halten es für »richtig«, dass menschliche Embryonen zu Forschungszwecken weder erzeugt noch zerstört werden dürfen. 61 Prozent wünschen zudem, dass sich Wissenschaftler auf die Forschung mit adulten Stammzellen konzentrieren.

Februar 2008

Der Deutsche Bundestag debattiert in Erster Lesung vier Gesetzentwürfe und einen Antrag zum 2002 erlassenen Stammzellgesetz. Auszüge der Debatte stehen auf der letzten Seite.